

Presse- information

Johannes Funke

ASP-Bekämpfung bleibt großer Kraftakt

„Die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) bleibt ein anhaltend großer Kraftakt, der alle Beteiligten noch weit bis in das Jahr 2022 und darüber hinaus vor große Herausforderungen stellen wird.“ Zu dieser Einschätzung kommt Johannes Funke, agrarpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Brandenburger Landtag. Es müsse weiterhin alles unternommen werden, eine Ausbreitung auf andere Landkreise und Bundesländer zu verhindern.

Funke appelliert an die Landesregierung und alle Beteiligten, in Ihrem Bemühen nicht nachzulassen und das Engagement in einigen Bereichen sogar noch zu verstärken. „Es ist hoch anzuerkennen, dass sich das Geschehen bislang auf abgegrenzte Gebiete entlang der Oder beschränkt, während der Infektionsdruck aus Polen aber auch anderen osteuropäischen Ländern unvermindert hoch bleibt.“ Das belege, dass die getroffenen Maßnahmen und die Zusammenarbeit von Verwaltungen, Jägern, Landwirten und vielen Helfern letztlich funktioniert habe. „Mit der wachsenden Vegetation ist die Jagdausübung jedoch deutlich schwieriger geworden. Deswegen sind die Voraussetzungen für eine intensive Bejagung weiterhin sicherzustellen.“

Gleichzeitig erhöhe sich der Koordinierungsbedarf mit den Landwirten, da eine Reihe von Feldarbeiten nun anstehen würden. „Leider könnten auch die Lockerungen der Corona bedingten Beschränkungen problematisch sein.“ Freizeitaktivitäten und grenznaher Reiseverkehr könnten sich hierbei ungünstig auswirken. „Ursprünglich galt sogar schon ein mitgebrachtes Wurstbrot als Eintragungsrisiko“, so Funke.

Presse- sprecherin

Katrin Molkentin

E-Mail:
katrin.molkentin@spd-
fraktion.brandenburg.de

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Tel.: 0331 / 966 1319
Mobil: 0170 / 860 96 14

„Die größte Herausforderung der nächsten Wochen und Monate wird darin bestehen, mit den Landwirten die Bewirtschaftung der Flächen abzustimmen, die sich in der Nähe von ASP-Fundorten befinden.“ Eine zeitnahe Untersuchung, Bewertung und schnellstmögliche Freigabe sei durch die zuständigen Behörden abzusichern. „Das Dilemma der Landwirte besteht letztlich darin, dass die Ernte und Feldarbeiten keinen Aufschub dulden.“